

Infodienst

Nachrichten aus Feuerwehr, Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst und Krisenmanagement

Nummer 14 Jahrgang 2018

13. Dezember 2018

Liebe Leserinnen und Leser,

ein Blick in den Kalender sagt uns, dass nur noch wenige Tage bleiben, bis das Jahr zu Ende geht. Es ist die Zeit, in der wir zurückschauen auf Momente und Aufgaben, die uns in den zurückliegenden Monaten gefordert haben.

Sie, die für Ihre Mitmenschen Hilfe leisten, sich einsetzen, wo andere wegschauen und die Hand reichen, um Trost zu spenden, sind unsere Helden des Alltags. Ihnen danke ich von ganzem Herzen für Ihr großartiges Engagement.

In Zeiten, in denen Sie, liebe Helferinnen und Helfer, egal ob im Ehrenamt oder im Hauptberuf, bei ihrer Arbeit bedrängt und sogar körperlich angegriffen werden und Sie dennoch Ihre Aufgabe engagiert erfüllen, kann dieses großartige Engagement nicht hoch genug geschätzt werden. Sie sind es, über alle Organisationen hinweg, die Ihre große Leidenschaft zur Hilfe an Ihren Mitmenschen im Bevölkerungsschutz leben und sich stark machen für Verletzte, Kranke und für Menschen in Not. Dafür schulden wir Ihnen Dank und Anerkennung.



Bild: Steffen Schmid

Seit April verantworte ich im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration unter anderem das Feuerwehrwesen, den Rettungsdienst, den Bevölkerungsschutz und das Krisenmanagement. Vielfältige Aufgaben haben wir gemeinsam in dieser Zeit bewältigt. Dafür danke ich Ihnen auch im Namen unseres Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Ministers für Inneres, Digitalisierung und Migration, Herrn Thomas Strobl.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien frohe und gesegnete Weihnachten. Genießen Sie einige ruhige und erholsame Tage im Kreis Ihrer Lieben. Viele von Ihnen sind auch über die Feiertage wieder im Einsatz. Dafür danke ich Ihnen herzlich. Bitte achten Sie auf sich und kommen Sie allzeit gesund von Ihren Einsätzen zurück.

Für das neue Jahr wünsche ich Ihnen viel Glück und Erfolg. Vor allem aber Gesundheit.

Ihr



Wilfried Klenk MdL
Staatssekretär



Nachtragshaushalt beschlossen - Erfreuliche Entwicklungen für Feuerwehr und Rettungsdienst

(ID) Mit dem am 12. Dezember 2018 beschlossenen Nachtragshaushalt hat die Landesregierung weitere Haushaltsmittel für die Verbesserung der Sicherheit im Bevölkerungsschutz zur Verfügung gestellt. Die Feuerschutzsteuer ist den Feuerwehren vollumfänglich gesichert.

Die Mittel für Investitionen im Rettungsdienst wurden um 3,325 Millionen Euro auf nunmehr 7,69 Mio. Euro für das Jahr 2019 aufgestockt und zudem wurden weitere 3,325 Mio. Euro als Verpflichtungsermächtigung für 2019 bereitgestellt.

Damit wird insbesondere der Investitionsstau für Baumaßnahmen bei den Sonderrettungsdiensten - der Wasser- und Bergrettung - um insgesamt rund sechs Millionen Euro spürbar abgebaut werden können.

650.000 Euro werden eingesetzt, um die

notärztliche Versorgung der Bevölkerung flächendeckend zu verbessern. Für ein Pilotprojekt „Telenotärzte“ stehen somit Mittel zur Verfügung.

Bei der Förderung des Feuerwehrwesens wurde auch im Nachtragshaushalt die eingehende Feuerschutzsteuer vollumfänglich den Feuerwehren zur Verfügung gestellt. Wenngleich die aktuelle Steuerschätzung vom Oktober 2018 für Baden-Württemberg mit 63 Mio. Euro im Jahr 2018 und mit 65 Mio. Euro im Jahr 2019 jeweils um eine Millionen geringer ausfiel als dies bei der Steuerschätzung vom

November 2017 der Fall war und damit im Nachtrag auch abgebildet werden musste, kann auch hier Positives berichtet werden. Die Oktoberprognose hat sich nämlich erfreulicherweise zwischenzeitlich nach oben entwickelt und nach derzeitiger Berechnung sind für das Jahr 2018 sogar über 64 Mio. Euro zu erwarten. Dies ist mehr als der ursprünglich veranschlagte Betrag. Entscheidend ist nicht der Haushaltsansatz, sondern das was tatsächlich in die Kasse fließt. Für die Feuerwehren und die Gemeinden weiterhin also eine äußerst erfreuliche Entwicklung.

Anstrengend aber erfolgreich - Zweitägige LÜKEX-Übung forderte alle Beteiligten

(ID) Im Rahmen der LÜKEX 2018 wurde Ende November zwei Tage lang eine Gasmangellage und deren Auswirkungen auf Baden-Württemberg beübt (wir haben in einer Sonderausgabe des Infodienstes am 7. November ausführlich berichtet). Übergeordnetes Ziel war, das Krisenmanagement der Landesverwaltung weiter zu optimieren und ihre Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit in Krisensituationen weiter zu stärken. Übungsschwerpunkte waren dabei die Kommunikation und Abstimmung mit den beteiligten Stellen auf Landes- und Bundesebene sowie eine zielgerichtete und abgestimmte Krisenkommunikation.

Ein Blick in die Gesichter der Übenden sprach Bände. Zum Ende der LÜKEX 2018 am Nachmittag des zweiten Übungstages wichen Anspannung und Konzentration zugunsten von Entspannung und Zufriedenheit. Erleichterung auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Übungssteuerung, die mit ihren vorab vorbereiteten Übungseinlagen für eine gute Auftragslage in der Übung gesorgt haben und immer den aktuellen Übungsverlauf im Blick hatten.

Die Übung zeigte, dass das Krisenmanagement des Landes gut funktioniert. So fällt auch das Fazit des Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenministers Thomas Strobl positiv aus: „In Baden-Württemberg sind wir gut aufgestellt: Das Land ist auf Krisensituationen gut vorbereitet und verfügt über intakte Krisenmanagementstrukturen. Wir können aber immer noch besser werden. Die zwei Übungstage haben gezeigt: „Solche Übungen sind unersetzlich und zeigen uns auch oftmals schonungslos auf, wo wir ansetzen müssen.“

So sah es auch Michael Willms, Leiter



Im Stab wurde konzentriert gearbeitet

des Referats Krisenmanagement, in dem die Fäden der akribischen und äußerst aufwändigen Übungsvorbereitung für Baden-Württemberg zusammengelaufen sind: „Die intensive und arbeitsreiche zweijährige Vorbereitungsphase hat sich gelohnt. Das Krisenmanagement der Landesverwaltung wurde durch den gesamten Prozess der Übungsplanung und -vor-

bereitung und schließlich der gemeinsamen zweitägigen Übungsphase am 28. und 29. November nachhaltig gestärkt.“

Ein Übungsschwerpunkt lag in Baden-Württemberg auf dem Thema Krisenkommunikation. In der Übung zeigte sich, dass bei öffentlichkeitswirksamen Lagen, wie einer Gasmangellage mit einer breiten Betroffenheit in der

Bevölkerung, einer zielgerichteten und abgestimmten Krisenkommunikation der Ressorts eine besondere Bedeutung zukommt.

Im Rahmen der Übung kam auch das neu gegründete Virtual Operation Support Team (kurz: VOSTbw) zum Einsatz. Die Aufgabe des VOSTbw bestand in dem Gewinnen klassischer lagerelevanter Informationen, dem Sammeln von Erkenntnissen über die Auswirkung von Entwicklungen und Maßnahmen auf das Verhalten der Bevölkerung und zur Resonanz auf getroffene Entscheidungen. Außerdem sollten mögliche Falschinformationen (sogenannte Fake-News) erkannt werden. Diese Erkenntnisse galt es in einem Lagebild aufzubereiten und dem Verwaltungsstab als weiteren Baustein für eine umfassende Lagebeurteilung zur Verfügung zu stellen. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BKK) hat hierzu in der Übung auf einer eigens programmierten Weboberfläche Meldungen über simulierte Twitter- und Facebook-Accounts abgesetzt.

Der Leiter der Abteilung 6 - Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement - Prof. Hermann Schröder, zog am Ende der Übung eine positive Bilanz: „Eine wichtige Aufgabe war es unter anderem, die Bevölkerung umfassend zu informieren und unnötige Panik zu vermeiden ohne Fakten wegzulassen.



Innenminister Thomas Strobl und Staatssekretär Wilfried Klenk MdL haben am Ende des ersten Übungstages den Stäben einen Besuch abgestattet.

Weiterhin hat sich gezeigt, dass es in Situationen wie der Gasmangellage gilt, die Solidarität und gegenseitige Hilfe der Bevölkerung einzufordern und die Menschen mit gezielten Verhaltenshinweisen bei der Steigerung ihrer Selbsthilfefähigkeit zu unterstützen.“ Er bedankte sich bei allen an der Übung Beteiligten sehr herzlich und kündigte an, dass man sich nun daran mache, die Übungserkenntnisse sorgfältig auszuwerten, um für kommende Krisensituationen bestmöglich vorbereitet zu sein.



Die LÜKEX 2018 wurde auch medial begleitet.



Ein Blick in den vollbesetzten interministeriellen Verwaltungsstab.

Impressum

Herausgeber:

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
 Abt. 6 – Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement
 Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart
 Tel.: (0711) 231 - 4
 E-Mail: poststelle@im.bwl.de

Redaktion:

Prof. Hermann Schröder (v.i.S.d.P.)
 Kim Dunklau-Fox, Rüdiger Felber

Layout / Gestaltung:

Rüdiger Felber

Quellen:

Bei Bildern ohne Quellenangabe liegt das Copyright beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. Für externe Quellenangaben kann keine Verantwortung und Haftung übernommen werden.

Hinweis:

Der Nachdruck der mit (ID) gekennzeichneten Beiträge ist unter der Quellenangabe des Herausgebers erlaubt.



Die LÜKEX 2018 im Bild



Auftakt zur Strukturanalyse Luftrettung in Baden-Württemberg

(ID) Am 11. Dezember 2018 fiel in Stuttgart der Startschuss für die Strukturuntersuchung der Luftrettung in Baden-Württemberg mit Vertretern des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration und dem beauftragten Institut für Notfallmedizin und Medizinmanagement (INM) am Klinikum München

Eines der übergeordneten Ziele des Innenministeriums ist es, die rettungsdienstliche Versorgung im Land weiter zu verbessern. Die Grundversorgung mit Leistungen der Notfallrettung wird in Baden-Württemberg durch den bodengebundenen Rettungsdienst sichergestellt. Der Luftrettung kommt bisher eine ergänzende und unterstützende Funktion zu. Die zunehmend spezialisierte Krankenhauslandschaft aber auch neuere medizinische Standards zur Patientenversorgung in der Prähospitalzeit erfordern eine Neubetrachtung des luftgebundenen Rettungsdienstes.

Ziel der Strukturuntersuchung ist es - unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und einsatztaktischer Möglichkeiten - belastbare Empfehlungen für eine Flächenabdeckung Baden-Württembergs mit Luftrettungsmitteln zur signifikanten Verbesserung der medizinisch relevanten Prähospitalzeit bei Tracerdiagnosen (Polytrauma, akuter Myokardinfarkt, akutes zentral-neurologisches Defizit, Schädel-Hirn-Trauma) zu erhalten. Stand bisher vor allem die Frage im Mittelpunkt, wie schnell ein Patient am Notfallort medizinische Hilfe erhält, ist es notwendig die Gesamtversorgungszeit in den Blick zu nehmen, beginnend von der Alarmierung über die Versorgung vor Ort bis hin zur Überga-

be in die Zielklinik. Dabei ist die Versorgung des ländlichen Raums mit seinen topografischen und demografischen Herausforderungen besonders zu berücksichtigen.

Bei der Frage der Ertüchtigung weiterer Luftrettungsstandorte beziehungsweise einer Betriebszeitenausweitung bestehender Standorte bis hin zu einer 24-Stunden-Einsatzbereitschaft oder ihre Dislozierung spielt die objektive Feststellung eines Bedarfs die entscheidende Rolle. Das Land braucht daher eine umfassende Untersuchung der Luftrettungsstruktur.

Das mit der Strukturuntersuchung beauftragte INM ist spezialisiert auf gutachterliche Struktur- und Bedarfsanalysen einzelner Versorgungssektoren, gerade auch im Bereich des Rettungswesens, bis hin zur Entwicklung von Simulationsverfahren von Prozessen und sektorenübergreifenden Trendanalysen unter Berücksichtigung raumbezogener Daten mit Hilfe von Geoinformationssystemen.

Das Ergebnis der Untersuchung wird voraussichtlich Ende 2019 vorliegen.



Die Vertreter des Institutes für Notfallmedizin und Medizinmanagement und der SQR mit den Angehörigen des Rettungsdienstreferates sowie Abteilungsleiter Hermann Schröder (ganz rechts).

Sechstes Panzerbataillon kommt nach Hardheim

(ID) Rund 20 Millionen Euro investiert der Bund in die Carl-Schurz-Kaserne in Hardheim im Neckar-Odenwald-Kreis. Zukünftig sollen dort rund 500 Soldaten und 44 Kampfpanzer stationiert werden. Damit ist der Standort der Bundeswehr in Hardheim dauerhaft gesichert.

Große Freude dürfte in Hardheim geherrscht haben, als Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen am Nikolaustag auf dem Truppenübungsplatz in Munster/Niedersachsen die Stärkung der Landes- und Bündnisverteidigung der Bundeswehr mit der Aufstellung des sechsten Panzerbataillons in der Carl-Schurz-Kaserne in Hardheim mitgeteilt hat. Die aus vier Kompanien mit 500 Mann und 44 Kampfpanzern vom Typ Leopard 2 bestehende neue Einheit wird in Hardheim im Neckar-Odenwald-Kreis stationiert. Der Bund wird rund 20 Millionen Euro in die Kaserne investieren. Der Aufbau des neuen Panzerbataillons ist im vierten Quartal 2019 geplant.

Im Jahr 2011 war die Schließung der Carl-Schurz-Kaserne verkündet worden.

Um die Rückgabe der Kaserne an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zu verhindern und um weiterhin die Entscheidungsgewalt über den Standort zu besitzen, hatte die Bundeswehr Ende 2016 beschlossen, in Hardheim Übergangsweise eine neue Einheit des Kommandos Spezialkräfte (KSK) zu stationieren. Dies hat sich jetzt als zielführend erwiesen. Durch die Neuaufstellung des sechsten Panzerbataillons ist der Standort der Bundeswehr im Neckar-Odenwald-Kreis nunmehr dauerhaft gesichert.

Darüber freute sich auch Landesinnenminister Thomas Strobl: „Es ist ein guter Tag für den Bundeswehrstandort Baden-Württemberg! Schon immer beheimatete das Land gerne die Standorte der Bundeswehr und das wird auch in Zukunft so sein. Schön, dass Hardheim diese

Tradition fortführt und künftig Heimat für ein neues Panzerbataillon, für 500 Soldatinnen und Soldaten sein wird.“

Im vierten Quartal 2019 soll die Aufstellung des Bataillons beginnen und im vierten Quartal 2022 abgeschlossen sein. Die 1. Stabs-, Versorgungs- und Unterstützungskompanie wird der Truppenteil sein, der zuerst in Hardheim einziehen wird. Die zweite Kompanie des neuen Bataillons wird 2021 neu aufgestellt. Zwei vorhandene Einheiten des Gebirgspanzerbataillons 8 werden außerdem nach Hardheim verlegt: es handelt sich dabei um die dritte Kompanie, die im oberpfälzischen Pfreimd stationiert ist (Verlegung nach Hardheim 2021), und um die vierte Kompanie, die noch ihren Sitz im thüringischen Bad Frankenhausen hat (2020).

